Beschluss WP2.3. Landwirtschaft zukunftssicher umbauen.

Antragsteller*innen:
Tagesordnungspunkt: WP2. Wir bewahren unsere Natur!

Text

Die nachhaltig wirtschaftenden Agrarbetriebe in Mecklenburg-Vorpommern tragen schon heute zu Natur- und Klimaschutz bei. Die Klimakrise, umkämpfte Boden- und Weltmärkte, die Abhängigkeit von Subventionen, die Auswirkungen von Preisdumping und fehlgeleiteten Förderpolitiken zwingen Landwirt*innen jedoch in einen harten Verdrängungswettbewerb. Ziel ist eine regenerative und Humus aufbauende Landwirtschaft, welche die Wertschöpfung in der Region stärkt und Vielfalt an Betrieben erhält und ermöglicht. Die Agrarfördermittel müssen konsequent auf die Bewahrung unserer natürlichen Lebensgrundlagen ausgerichtet werden.

Überdüngung schädigt das Klima, belastet unser Wasser und reduziert die Artenvielfalt. Ausgeräumte Agrarlandschaften mit Monokulturen bieten vielen Tier- und Pflanzenarten kaum noch Lebensräume. Landwirtschaftliche Flächen müssen Produktionsraum für Lebensmittel und zugleich Lebensraum für Vögel, Insekten und Wildkräuter sein. Den landwirtschaftlichen Extensiv- und Brachflächen kommt eine besondere Bedeutung als lebensraumverbindende Biotope zu.

Rund 75 Prozent unserer Nutzpflanzen und viele Wildpflanzen sind auf die Bestäubung durch Insekten angewiesen, doch Pestizide wie die gefährlichen Neonicotinoide verringern die Insekten-Bestände massiv.

Für eine zukunftsfähige Landwirtschaft werden wir BÜNDNISGRÜNE:

- den Ökolandbau in MV bis 2030 von derzeit 13,5 % auf mindestens 30 % der landwirtschaftlichen Nutzfläche ausbauen.
- ein finanziell und personell gut ausgestattetes Kompetenzzentrum für Ökolandbau schaffen.
- Ökolandbau in Berufsausbildung und Landwirtschaftsstudium verbindlich prüfungsrelevant verankern.
- Pestizid- und Düngemitteleinsatz zum Beispiel durch die konsequente Durchsetzung des integrierten Pflanzenschutzes massiv reduzieren.
- auf den landeseigenen Flächen eine Vorbildfunktion wahrnehmen und in Pachtverträgen die Nutzung von Pestiziden ausschließen.
- Biogas nur noch durch Reststoffverwertung aus landwirtschaftlichen Kreislaufsystemen, Bioabfällen und Energiepflanzen aus ökologischem Anbau gewinnen.
- einen Biotopverbund in der Agrarlandschaft schaffen.
- auf allen landwirtschaftlichen Flächen mindestens 10 Prozent Vorrangflächen für die Natur realisieren.
- die schrittweise Ablösung des Systems der Direktzahlungen durch eine Gemeinwohlprämie, die landwirtschaftliche Umwelt-, Klima- und Tierschutzleistungen honoriert.
- die regionale Veredelung und Verarbeitung von Lebensmitteln durch eine Förderung handwerklicher Bäckereien, Mühlen, Molkereien, Schlachtereien sowie durch kurze Lieferketten und regionale Vermarktungsnetzwerke stärken.